

Kebschull, Dietrich

**Article — Digitized Version**

**... und noch 'ne Konferenz**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1974) : ... und noch 'ne Konferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 436-437

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134722>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## ... und noch 'ne Konferenz

Eigentlich hätte dieser Artikel gar nicht geschrieben werden dürfen; denn nach aller Journalistenerfahrung entstehen die besten Aufsätze dann, wenn man frei von Emotionen – insbesondere von Zorn, Ärger und Enttäuschung – ist. Aber manchmal will sich die erstrebenswerte innere Ausgeglichenheit nicht so schnell einstellen – zumal wenn man die Aufgabe hat, internationale Konferenzen der Entwicklungspolitik zu kommentieren.

Um nun nicht gleich der Gefahr zu erliegen, zu sarkastisch oder unfreundlich zu werden, soll deshalb auf die Nachlese zur Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates in Berlin verzichtet werden, die ebenfalls in den Beobachtungszeitraum fiel. Demgegenüber erschien eine kritische Rückschau auf die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, die vom 19.–30. August unter Beteiligung der Delegationen von rund 130 Ländern stattfand, weit weniger gefährlich und außerdem auch für die Zukunft wichtiger. Vor den nüchternen Fakten, die eine Explosion der Weltbevölkerung erkennen lassen, kann man nämlich die Augen nicht länger verschließen: Schon bis zum Jahr 2000 wird sich die Zahl der Erdbewohner von vier Milliarden auf etwa 6,5 Milliarden erhöhen. Achtzig Prozent davon werden in Entwicklungsländern leben (heute sind es „erst“ zwei Drittel). Allein in Asien dürften dann soviel Menschen leben wie heute auf der ganzen Welt. Da schon jetzt Millionen von Menschen unterernährt sind oder verhungern müssen, fällt es schwer, besonders optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Die Sicherung und Verbesserung der Ernährungsgrundlage für eine wachsende Bevölkerung ist eines der entscheidenden Probleme für die zukünftige Existenz der Menschheit. Zahlreiche Organisationen fühlen sich daher aufgerufen, möglichst schnell sinnvolle Lösungen zu finden. Die Vereinten Nationen luden zur Weltkonferenz in Rumänien ein. Grundlage der dortigen Diskussionen und der zu erarbeitenden Vorschläge sollte der Entwurf eines Aktionsprogramms sein, der von der ECOSOC und einem Gutachtergremium in vier Symposien und sechs Vorkonferenzen erstellt wurde.

Allerdings erwies sich im Verlauf der Gespräche schon die Ausgangsthese dieses Papiers als reichlich umstritten. Denn von der Feststellung, daß „die Mehrheit der Weltbevölkerung in Ländern lebt, die das dortige Fruchtbarkeitsniveau zu senken wünschen“, meinten sich die meisten Beteiligten erst einmal distanzieren zu müssen. Viele Länder Afrikas vermögen nicht einzusehen, warum sie sich zurückhalten sollten, solange ihre Landwirtschaft noch große Zuwachsraten der Produktion verspricht. Auch die Lateinamerikaner und zahlreiche Staaten Asiens fühlen sich von der – von ihnen als typisch US-amerikanisch entlarvten – Feststellung wieder einmal bevormundet und gegängelt.

Als Irrtum erwies sich auch die Vermutung, daß auf einer Weltbevölkerungskonferenz Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung von Ressourcen diskutiert würden. So versuchten zum Beispiel der Ostblock und einige Länder der Dritten Welt die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams an den Gesprächen zu beteiligen. Außerdem wurde eifrig um das Palästinenserproblem gerungen. Dabei fühlten sich besonders Vertreter der zuvor in Bukarest durchgeführten Internationalen Bevölkerungskonferenz der Jugend, die als Beobachter zugelassen waren, dazu bemüht, ihrem Unmut gegen den „rassistischen und imperialisti-

schen Zionismus“ und die Einwanderung von Juden aus aller Welt einmal so recht Luft zu machen.

Das alles erschwerte natürlich das Finden von Gemeinsamkeiten. Aber schließlich herrschte doch Einigkeit in der Binsenweisheit, daß die Versorgung der Bevölkerung kein reines Zuwachspröblem der Bevölkerung ist, sondern auch Überlegungen zur Verbesserung der Produktion von Nahrungsmitteln und sonstigen Gütern erfordert! An diese Feststellung ließ sich nun eine treffliche Diskussion anknüpfen, ob nicht eigentlich Unterentwicklung und Bevölkerungswachstum Folgen der alten und neuen kolonialistischen und imperialistischen Politik seien, die zu Forderungen gegen die Industrieländer berechtigten. Eine solche Berechtigung wurde von den Entwicklungsländern und dem Ostblock allgemein anerkannt. Den Vertretern der VR China kommt obendrein das Verdienst zu, die westlichen Industriestaaten nunmehr zum x-ten Male darauf hingewiesen zu haben, daß „Plünderung und Ausbeutung durch Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Hegemonismus unvereinbar mit Entwicklungspolitik“ sind.

Für die tatsächliche Aufstellung eines verbindlichen Aktionsprogramms blieb – angesichts des Zeitaufwands für derartig wichtige Erkenntnisse – nur wenig Raum. Das schließlich angefertigte Papier zeigt das deutlich. Selbst Leuten, die das Lesen von UN-Resolutionen gewohnt sind, können sich bei soviel Plattheiten und Banalitäten die Haare sträuben. So liest man zum Beispiel: „Die Förderung der Entwicklung und der Lebensqualität erfordert die Koordinierung der Aktionen in allen wichtigen sozioökonomischen Gebieten, die Bevölkerung eingeschlossen, die eine unerschöpfliche Quelle der Kreativität und ein bestimmender Fortschrittsfaktor ist“ (§ 1). „Bevölkerung und Entwicklung hängen voneinander ab. Änderungen in der Bevölkerung beeinflussen Änderungen in der Entwicklung und werden wieder von ihnen beeinflusst“ (§ 14c). Wer diese wirklich erstaunlichen Zusammenhänge durchschaut hat, lernt auch: „Die Nachfrage nach lebenswichtigen Gütern steigt mit wachsender Bevölkerung und wachsendem Pro-Kopf-Verbrauch!“ (§ 14 j). Oder: „Wenn man Maßnahmen plant, um Bevölkerungstendenzen und sozioökonomische Veränderungen zu harmonisieren, müssen die menschlichen Wesen nicht nur als Verbraucher, sondern auch als Produzenten angesehen werden.“

Wie die Maßnahmen aussehen sollen, bleibt aber im Dunkeln. Denn festgestellt wird nur, daß „die Formulierung und Anwendung von Bevölkerungspolitiken . . . das souveräne Recht jeder Nation“ sind. Die Maßnahmen sollen in Übereinstimmung mit nationalen Zielen stehen, die universale Solidarität (?) berücksichtigen und die Qualität des Lebens für alle Völker verbessern (vgl. § 14). Ob das allerdings bedeutet, daß Länder, die geburtenbeschränkende Maßnahmen einführen, zugleich Sorge dafür tragen, daß Eltern ausreichend sozial abgesichert sind, wenn sie von ihren – später fehlenden – Kindern nicht mehr ernährt werden können, läßt sich nicht erkennen. Dem gesamten schwierigen Kapitel des Übergangs von der Groß- zur Kleinfamilie und seinen gesellschaftspolitischen Folgen ging man nämlich so gut wie möglich aus dem Weg.

Bei diesem Ergebnis einer Mammutkonferenz fällt es schwer, Geduld zu bewahren. Schon zeichnet sich deutlich ab, daß in Kürze allein wegen der gestiegenen Rohstoffpreise einige hundert Millionen Menschen verhungern werden. Pakistan, Indien, Bangla Desh und Indonesien weisen auf die katastrophal schlechte Getreidernte hin, die noch unter dem Ergebnis von 1973 liegen wird. Ein Chaos ist hier kaum noch aufzuhalten. Aber welchen Delegierten interessiert das schon.

Die Damen und Herren sind müde von ihren vielen Reisen und Konferenzen, bei denen es immer wieder das gleiche Schauspiel gibt: Anklage gegen die Industrieländer, Anbiederungsversuche des Ostblocks und der Volksrepublik China bei den Ländern der Dritten Welt – möglichst ohne selbst Zugeständnisse zu machen – und viele viele (von Zeit zu Zeit neu verpackte) Forderungen der armen Staaten. Schon drohen den bedauernswerten Delegierten der Schickleria der internationalen Entwicklungspolitik neue Treffen. Bestimmt in einem Tagungsort mit dem für die Jahreszeit besten Klima. Man wird sich wiedersehen, miteinander sprechen, demonstrativ Desinteresse zeigen oder auch den Saal verlassen.

Deshalb kann Bukarest zu den Akten gelegt werden. Viel ist nicht geschehen. Ärger lohnt sich nicht. Außer Spesen ist kaum etwas gewesen. Ich hätte diesen Artikel wirklich nicht zu schreiben brauchen.